

PRESSESTIMMEN

ZUM KRIEG IN DER UKRAINE

POLITIKEN
den levende avis

„Unberechenbar“ Putin hat mit seinem sinnlosen Einmarsch in die Ukraine gezeigt, dass er unberechenbar ist. Es braucht wirksame Maßnahmen gegen Russland und verstärkte militärische Hilfe für die Regierung in Kiew. Die Ukraine muss mehr Waffen haben und Russland wesentlich weniger Geld. (...) Noch schlimmer würde es kommen, wenn sich Putin an freien Gemeinschaften in Europa vergreifen kann.

Politiken, Kopenhagen



„Existenz“ Nun sehen wir, dass mit Russland ein Land, das den Weltfrieden wahren soll, selbst zum Aggressor geworden ist. Die letzten Juni-Tage werden also politisch spannend. Denn das Spiel geht nicht nur um das Schicksal der Ukraine, sondern um alles – nämlich um die weitere sichere Existenz des Westens.

Rzeczpospolita, Warschau

KALENDERBLATT



Foto: Reuters

DAS GESCHAH AM ...

28. Juni

1762: Zar Peter III. von Russland wird als Opfer einer Verschwörung von Offizieren gestürzt und ermordet, seine Frau Sophie von Anhalt-Zerbst als Katharina II. („die Große“) zur Alleinherrscherin.

1997: Der Boxkampf zwischen Evander Holyfield und Mike Tyson in Las Vegas endet mit einem Skandal: Tyson wird nach der dritten Runde disqualifiziert, weil er seinem US-Landsmann zuvor in beide Ohren gebissen hatte. Der „Kannibale“ wird für ein Jahr gesperrt und zu einer Geldstrafe von umgerechnet 2,8 Millionen Euro verurteilt.

nachrichten.at

Lesermeinungen finden Sie auf Seite 11 und im Internet unter: nachrichten.at/leserbriefe



Gefahr aus der Tiefe

Karikatur: Pismestrovic

MENSCHEN

MAXIMA DER NIEDERLANDE

Noch immer Königin des Lächelns

VON HEINZ STEINBOCK

Auch das strahlendste Image kann einmal einen Kratzer bekommen: bei der diesjährigen „Koningsdag-Umfrage“ in den Niederlanden Ende April sprachen nur 56 Prozent König Willem-Alexander ihr Vertrauen aus, Königin Maxima schnitt mit 69 Prozent deutlich besser ab. Mutmaßungen in niederländischen Medien, es könnte mit der Beliebtheit des Königshauses bergab gehen, dürften übertrieben gewesen sein. Der „Einbruch“ von davor 80 Prozent Beliebtheit dürften aktuell bekannt gewordenen „Patzern“ der königlichen Familie während der Corona-Pandemie geschuldet gewesen sein. Das Königspaar urlaubte im sonnigen Griechenland, während die bekannt reiselustige Bevölkerung angehalten war, daheimzubleiben.

Doch Maxima, die am 17. Mai ihren 51. Geburtstag feierte, ist immer noch die „Königin des Lächelns“, als die sie die Niederländer vor 20 Jahren aufnahmen. „Sie ist spontan, intelligent und war früher leicht chaotisch“, beschreibt sie ihre Biografin Marcia Luyten. 1999, auf einer Party in Sevilla, lernte die in Argentinien geborene Maxima Zorreguieta Ceruti den damaligen Kronprinzen Willem-Alexander kennen. Bei der Hochzeit am 2. Februar 2002 in der Amsterdamer Nieuwe Kerk vergoss sie Tränen. Binnen kurzer Zeit avancierte Maxima, die Glamour und südamerikanischen Elan ins Königshaus brachte, bei den Niederländern zum beliebtesten Mitglied der Oranje-Familie.

Doch das Glück war zunächst von der Vergangenheit überschattet. Maxima wuchs wohlhabend in Buenos Aires auf, war ehrgei-



Auf Staatsbesuch in Wien

Foto: APA/Hans Punz

zig und studierte Wirtschaftswissenschaften. Ihr Vater war allerdings Agrarminister der argentinischen Militärjunta in den 1970ern; die niederländische Regierung ließ vor der royalen Hochzeit ein Gutachten einholen, aus dem hervorging, dass Maximas Vater nicht an Menschenrechtsverletzungen beteiligt war.

Doch Willem-Alexander hatte klargestellt, dass er sich ohnehin nicht von seiner Wahl abbringen lassen würde. Das Königspaar hat drei Töchter: das fröhliche Prinzessinnen-Trio Amalia (18), Alexia (17) und Ariane (15).

MEINUNG

LEITARTIKEL

VON DIETMAR MASCHER



Die Verlierer in Kiew, Moskau und Elmau

Umsatz ist gleich Menge mal Preis. Einen Zettel mit dieser Gleichung hat Wladimir Putin wahrscheinlich neben dem Spiegel hängen, in den er jeden Tag sieht, um sich seiner eigenen Genialität zu vergewissern. Je weniger Öl und Gas die Europäer bestellen, desto höher der Preis dafür. Das gilt auch, wenn die Russen weiter an ihrem „technischen Gebrechen“ an der Gasleitung Nord Stream 1 arbeiten und damit scheinheilig ihre Lieferzurückhaltung begründen.

Die Gleichung ist auch ein Beleg, wie schwierig es ist, Russland mit wirksamen wirtschaftlichen Sanktionen zu belegen, ohne sich selbst ins Knie zu schießen. Das zeigt auch der G7-

Gipfel im bayerischen Elmau. Dort zeigen Nordamerikaner, Japaner und Europäer zwar erfreuliche Geschlossenheit und aufgekrempelte Hemdsärmel. Aber bei der Wahl neuer Sanktionen gegen Russland sehen sie schon das Ende der Fahnenstange, ob das jetzt Gold oder Öl betrifft. Die Idee mit einem Preisdeckel für Öl haben Ökonomen richtigerweise für falsch erklärt, weil dies die Nachfrage anheizen oder verpuffen würde, wenn sich Länder wie China nicht daran halten. Das Institut für Weltwirtschaft in Kiel schlägt Importzölle auf Gas und Öl vor. Damit würde Putin weniger einnehmen. Und die westlichen Staaten könnten die Einnahmen aus dem Zoll wieder den Bürgern geben. Preisdämpfend wirkt auch das nicht.

Aber nicht nur die Westmächte, die ihre Firmen und Bürger auf Gasnotstand vorbereiten müssen, zählen zu den Verlierern. Neben Kiew und der gesamten Ukraine, die von den Russen systematisch zerstört wird, ist auch Putin kein Sieger. Die Russen dementieren es zwar noch, aber er mehrt sich die Anzeichen, dass sie Zahlungsausfälle bei der Bedienung von Anleihen nicht mehr abwenden können.

Nach den Take-or-pay-Verträgen, die Österreich und andere Vertragspartner Russlands verpflichten, Gas auch dann zu bezahlen, wenn sie es nicht abnehmen, und Use-it-or-lose-it-Verträgen, die Inhaber von Gasspeichern verpflichten, ihre Speicher zu füllen oder sie aufzugeben, haben wir es hier mit einer Lose-lose-lose-Situation zu tun: einem Krieg, bei dem Bürger aller Staaten draufzahlen. Ein gutes Beispiel für die Sinnlosigkeit des Kriegs, das Herr Putin leider nicht neben seinem Spiegel hängen hat.

✉ d.mascher@nachrichten.at

WIRTSCHAFT VERSTEHEN

VON TEODORO D. COCCA



Die Schweiz zeigt, wie es geht

Der Unterschied in der Inflationsbekämpfung zwischen der Schweiz und Österreich könnte nicht größer sein. Während sich in Österreich die Bürger über den in Aussicht gestellten Geldregen der Regierung erfreuen, geht die Schweiz einen ganz anderen Weg.

Forderungen nach einem Antiinflationpaket wurden im Schweizer Parlament bisher weitgehend abgeschmettert – das würde den Staatshaushalt zu sehr belasten. Mit Inflation umzugehen gehöre einfach auch zur Selbstverantwortung der Bürger, der Staat könne nicht eine Vollkaskoversicherung

gegen Inflation anbieten. So der Ö-Ton im Schweizer Parlament.

Agiert hat hingegen die Schweizerische Notenbank, indem sie kürzlich die Zinsen stark erhöhte. Wohlgermerkt schon bei einer Inflationsrate, die nicht mal der Hälfte der Inflationsrate in der Eurozone entspricht.

Die Absicht ist einerseits, die Währung zu stärken, um weniger Inflation zu importieren, und andererseits Kredite teurer zu machen, um die überhitzte Konjunktur zu dämpfen.

In Österreich hingegen wird weiterhin unter Inflationsbekämpfung die Verteilung von Geldern an die

Bürger verstanden. Inflation wird aber nachhaltig nur durch eine Reduktion der Nachfrage oder eine Erhöhung des Angebots bekämpft.

Die Notenbanken steuern dieses Gleichgewicht durch ihre Instrumente. Unsere Notenbank, die EZB, agiert aber zögerlich. Hätte die EZB beim gleichen Inflationsniveau wie die Schweiz die Zinsen angehoben, hätte sie dies bereits im September 2021 durchführen müssen.

Der größte Unterschied zwischen Österreich und Schweiz liegt in allgemein geteilten gesellschaftlichen Werten: In der Schweiz wurde der Zinsschritt der Notenbank allgemein bejubelt, unter Inkauf-

nahme der damit verbundenen unangenehmen Nebeneffekte wie etwa der Erschwerung von Wohnbaufinanzierungen.

Mit einer Prise Stolz

In Österreich fordert man weiterhin zusätzliche Ausgleichszahlungen an die Bürger, im Glauben, dadurch würde Inflation bekämpft werden. In der Schweiz wird der Vorteil einer starken Währung durchaus auch mit einer Prise Stolz breit geteilt. In Österreich scheint man sich damit abzufinden, dass der Euro an Kaufkraft verliert – die finanzielle Disziplin, welche eine starke Währung voraussetzt,

scheint kein allgemein geteilter Wert zu sein.

Was man von der Schweiz lernen könnte: Es wäre zum Vorteil der Allgemeinheit, wenn die Staatskasse nicht als zu plündernder Schatz betrachtet würde, sondern als unser aller Geld, mit dem behutsam umzugehen ist.

Ein etwas „schweizerisches“ Österreich würde gerade jetzt den sozial Schwachen am meisten zugutekommen, da sich die Frage der schwindenden Kaufkraft in diesem Ausmaß gar nicht stellen würde.

Teodoro D. Cocca ist Professor für Assetmanagement an der JKU